

## **Finanzunwirksame Anträge zum Haushalt 2011**

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, den Empfehlungen des Finanz- und Personalausschusses vom 03. Februar 2011 zu folgen.

Stand: 03. Februar 2011

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 10 der Zusammenstellung

Teilhaushalt 20  
Produkt 4E.21 neu

### **Gemeinschaftsräume Rautheim**

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit Bedarf für eine Sanierung oder - auch teilweise – Verlagerung der Gemeinschaftsräume in Rautheim besteht, welche Möglichkeiten für eine Verlagerung bestehen und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Bau- und Feuerwehrausschuss bis zum Sommer 2011 vorgelegt.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BFwA vom 12.01.2011	8	0	3	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 11 der Zusammenstellung

Teilhaushalt 51  
Produkt 1.36.3610.01

### **Großtagespflegestellen**

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit es in Braunschweig die Möglichkeit gibt Großtagespflegestellen einzurichten und wie man eventuelle Regelungen anpassen und verbessern könnte, um solche Projekte auch in Braunschweig zu ermöglichen. Die Qualitätsstandards müssen dabei allerdings erhalten bleiben. Die Ergebnisse der Prüfung werden zeitnah in einer der nächsten Jugendhilfeausschusssitzungen dargestellt.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	Der JHA hat die Behandlung des Themas "Einrichtung von Großtagespflegestellen" auf eine der nächsten JHA-Sitzungen verschoben. Die Verwaltung ist aufgefordert, das Thema vorzubereiten.				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 12 der Zusammenstellung

Teilhaushalt 51  
Produkt 1.36.3630.03

### **Familienbefragung**

„Die Verwaltung wird gebeten, eine Befragung bei Familien durchzuführen, beispielsweise zur Infrastruktur für Familien, zu Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und allgemeine Angebote für Familien. Die genauere Fragestellung kann mit der TU Braunschweig entwickelt werden. Aus den sich daraus ergebenden Erkenntnissen soll ein Ratgeber für Familien erstellt werden. Die Ergebnisse der Prüfung sollen rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2012 vorgelegt werden.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	<b>Der Antrag wurde durch Antragsteller zurückgezogen.</b>				
FPA vom 03.02.2011	<b>erledigt</b>				

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 13 der Zusammenstellung

Fachbereich 51  
Produkt 1.36.3660.01

### **Bedarfserhebung zur Schulsozialarbeit/Prävention statt Reaktion**

"Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an Schulsozialarbeit an den Braunschweiger Schulen zu ermitteln. Um Defizite frühzeitig aufarbeiten zu können, soll der Fokus der Untersuchung verstärkt auf die Grundschulen gerichtet sein."

### **Begründung**

Ausgehend von den durchgehend positiven Rückmeldungen der vier Braunschweiger Grundschulen, in denen Angebote der Schulsozialarbeit vorgehalten werden, sowie gestützt durch diverse Erhebungen und Publikationen in der entsprechenden Fachliteratur, ist davon auszugehen, dass Schulsozialarbeit in Grundschulen sowohl eine unmittelbare als auch eine mittel- bis langfristige Wirkung erzielt. Diese Maßnahmen werden auch zur Vermeidung bzw. Verminderung kostenrelevanter Nachsorgemaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt, z. B. im Bereich der Hilfen zur Erziehung, beitragen.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	9	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	<b>Ohne Beschlussempfehlung passieren lassen.</b>				

### Stellungnahme der Verwaltung:

Unstrittig ist, dass Schulsozialarbeit in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur wichtig und wünschenswert ist. Es bestehen jedoch unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Zuständigkeit zwischen Land und Stadt. Unabhängig davon ist eine Befragung der Schulen zu diesem Themenkreis möglich.

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 14 der Zusammenstellung

Fachbereich 51  
Produkt 1.36.3660.01

### **Sicherung der Schulsozialarbeit an Braunschweiger Grundschulen**

"Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rat über seine Ausschüsse zu berichten, wie die Mittel zur Fortführung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen Lamme, Bebelhof, Diesterwegstraße und Hohestieg über das Jahr 2012 hinaus sichergestellt werden können. Gegebenenfalls sind Eigenmittel der Stadt in die Finanzplanung einzustellen."

#### **Begründung**

Die Begründung erfolgt mündlich.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	9	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	<b>Ohne Beschlussempfehlung passieren lassen.</b>				

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird über die weitere Finanzierung der genannten Schulsozialarbeiter-Stellen in den Ausschüssen berichten. Inwieweit die bisher gedrittelte Finanzierung durch Stiftungen, das Land Niedersachsen und die Stadt Braunschweig über 2012 hinaus sichergestellt werden kann, ist zurzeit nicht absehbar.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 15 der Zusammenstellung

Fachbereich 51  
Produkt 1.36.3660.01

### **Schulkindbetreuung**

„Die Verwaltung wird gebeten beim Land Niedersachsen anzufragen, ob die heute gültigen Heimrichtlinien auch für die Schulkindbetreuung gelten müssen, oder ob es dort zu einer Lockerung des Gesetzes kommen kann, die eine Betreuung zum Beispiel auch in Klassenräumen ermöglichen würde. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss bis zum Sommer 2011 zur Kenntnis gegeben.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	<b>Keine Beschlussfassung</b> Es besteht Einvernehmen, dass eine Anpassung der strengen Kitarichtlinien sinnvoll ist, um die Bedarfe im Bereich der Schulkindbetreuung zu decken. Darüber hinaus werden zusätzliche Raumkapazitäten erforderlich sein.				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gesetzeslage hierzu ist eindeutig (siehe KitaG §1). Die Verwaltung kann jedoch vor dem Hintergrund der aktuellen Bemühungen zur Ausweitung der Schulkindbetreuung eine entsprechende Anfrage beim Land stellen.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 16 der Zusammenstellung

Fachbereich 51  
Produkt 1.36.3660.02

### **Jugendzentrum Stöckheim, Mensanutzung**

"Die Verwaltung wird gebeten sicherzustellen, dass den Kindern und Jugendlichen des Jugendzentrums Stöckheim die Mensa der Raabeschule, Außenstelle Stöckheim, unentgeltlich zur Verfügung steht. Investitionen, soweit sie unbedingt notwendig sind, sind haushaltsneutral durch Umschichtungen zu finanzieren."

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	8	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Seitens der Schule bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen die beabsichtigte Erweiterung der Räumlichkeiten des Jugendzentrums. Einzelheiten werden im Rahmen eines Ortstermins abgestimmt, zu dem der Fachbereich Schule einladen wird.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 17 der Zusammenstellung

FB 61

### **Erschließung neuer Baugebiete**

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit und in welchem Umfang Bedarf für ein Neubaugebiet zwischen Watenbüttel und Völkenrode besteht und unter welchen Umständen dies, unter Berücksichtigung der Planungen für einen „Nahversorger“ an der Peiner Straße, umsetzbar wäre. Das Ergebnis der Prüfung wird unter entsprechender Beteiligung des Stadtbezirksrates dem Planungs- und Umweltausschuss so schnell wie möglich vorgelegt.“

### **Begründung**

Zwischen der Eisenbahnstrecke und der Ortslage Völkenrode befindet sich eine bebaubare Fläche, für die bereits Anfragen zum Bau eines Nahversorgers vorliegen. Die verbleibende Restfläche könnte durchaus zum Bau von Einfamilienhäusern genutzt werden. Der Eigentümer hat bereits Verkaufsabsichten geäußert.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	8	2	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 18 der Zusammenstellung

FB 66

### **Fußgängerüberquerung Rabenrodestraße/Waggum**

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo und wie eine sichere Überquerung der Rabenrodestraße für Fußgänger umgesetzt werden kann. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Bau- und Feuerwehrausschuss im Rahmen der Behandlung des Haushalts 2011 vorgelegt."

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	10	0	0	<b>X</b>	
BFwA vom 12.01.2011	erledigt				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Querungshilfe ist technisch nicht möglich. Andere Möglichkeiten (z.B. Beschilderung/Markierung mit Gefahrzeichen) werden geprüft.

## Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Seite 19 der Zusammenstellung

FB 66  
Produkt 4S.660012

### **Piktogramme in Fahrradstraßen**

"In den Braunschweiger Fahrradstraßen sind an allen Kreuzungs- und Einmündungspunkten großformatige Piktogramme, mit denen der Vorrang für RadfahrerInnen deutlich gemacht wird, aufzubringen \* (Ergänzung s. Ausschussempfehlung). Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplan 2011 an den entsprechenden Stellen einzustellen."

### **Begründung**

Auch in Braunschweig gibt es seit einiger Zeit Fahrradstraßen und in der Zukunft sollen diese auch an weiteren Stellen in der Stadt eingerichtet werden. Diese erfreuliche Entwicklung wird von vielen RadfahrerInnen sehr gut angenommen. Leider reicht die Kennzeichnung der Fahrradstraßen aber an etlichen Stellen noch nicht aus, so dass es immer noch zu zahlreichen Konflikten zwischen RadfahrerInnen und AutofahrerInnen kommt. Um diesen stellenweise durchaus gefährlichen Begegnungen entgegenzuwirken, soll in Braunschweig eine Kennzeichnung mit großen Piktogrammen auf der Fahrbahn erfolgen. Gute Beispiele hierfür existieren bereits in Freiburg und Kassel. Bisher sind hierfür keine Haushaltsmittel vorgesehen.

### Ausschussempfehlung:

Ergänzung: \*...bei Bedarf und mit Beteiligung des ADFC

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BFwA vom 12.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 22.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

### Stellungnahme der Verwaltung:

Kosten würden nicht entstehen, weil Markierungen durch das pauschale Entgelt an die Fa. Bellis GmbH abgedeckt sind.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 20 der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt 5E.67 neu

### **Neubau Parkplatz und Eingang Hauptschulgarten**

"Die Verwaltung wird gebeten zu ermitteln, mit welchen Kosten für den Neubau eines Parkplatzes sowie eines neuen Eingangs des Hauptschulgartens zu rechnen ist. Das Ergebnis wird dem Planungs- und Umweltausschuss zu seiner Sitzung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 vorgelegt."

### **Begründung**

Aufgrund vermehrter Veranstaltungen und etlichen Nutzungssteigerungen wird insbesondere das Parken vor dem derzeitigen Haupteingang zum Problem. Zugleich ist dies „Wassereinzugsgebiet“ und es muss dringend für notwendigen Parkraum gesorgt werden. Eine Sperrung des Zugangsweges wird zu erheblichem Parkdruck im nahen Wohnumfeld führen. Die Neueinrichtung eines Einganges im Norden ist notwendig, da insbesondere den vielen Behinderten, Rollstuhlfahrern und älteren Bürgern nicht zugemutet werden darf, von einem weit entfernten Eingang erst nach langem Weg den Zutritt zum Hauptschulgarten zu ermöglichen. Der Stadtbezirksrat Nordstadt beantragte übrigens auf Antrag der CDU seit vielen Jahren die Erweiterung des Hauptschulgartens nach Norden.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	10	0	0	<b>X</b>	
SpGA vom 13.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

### Stellungnahme der Verwaltung

Der Antrag wird von der Verwaltung aus fachlicher Sicht befürwortet. Für die Anlage eines Parkplatzes in einfacher technischer Bauweise auf einer städtischen Fläche nördlich des Hauptschulgartens sowie die Herstellung eines weiteren Eingangs für den Garten an dessen nordöstlichem Rand werden nach grober Schätzung Kosten in Höhe von 50.000 € veranschlagt.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 21 der Zusammenstellung

FB 66  
Produkt 5E.66 neu

### **Stadtbahnverlängerung in das Neubaugebiet Volkmarode-Nord**

"Die Verwaltung wird gebeten, den Bedarf und die finanziellen Auswirkungen einer Verlängerung der Stadtbahn in das Neubaugebiet Volkmarode-Nord zu ermitteln und dem Planungs- und Umweltausschuss \* (Ergänzung s. Ausschussempfehlung) bis zum Herbst 2011 vorzustellen."

#### Ausschussempfehlung:

Ergänzung: \*... baldmöglichst, spätestens

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	10	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 22 der Zusammenstellung

FB 66  
Produkt 5E.66 neu

### **Verbesserung der Verkehrssituation in Watenbüttel**

"Die Verwaltung wird gebeten, Vorschläge für eine Verbesserung der Verkehrssituation auf der Celler Heerstraße in Watenbüttel zu erarbeiten und die entsprechenden Kosten zu ermitteln. Darüber hinaus sollte beim Bundesverkehrsministerium eine Neuregelung der bestehenden Umleitungsstrecke mit dem Ziel beantragt werden, die Ortsdurchfahrt für den LKW-Verkehr sperren zu können. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Bau- und Feuerwehrausschuss bis zum Sommer 2011 vorgelegt."

### **Begründung**

Unabhängig von den immer wiederkehrenden Diskussionen um eine Ortsumfahrung, ist die Verbesserung der derzeitigen Verkehrssituation innerhalb der Ortslage Watenbüttel dringend erforderlich. Die Einwohnerinnen und Einwohner beklagen insbesondere, dass sie aus den Nebenstraßen nur mit erheblichen Einschränkungen auf die Celler Heerstraße einbiegen können. Die Sperrung für den LKW-Verkehr wäre eine Möglichkeit zur Verbesserung der Situation. Gleichzeitig sollte zügig an einer Lösung zur Umfahrung Watenbüttels gearbeitet werden.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	10	0	0	<b>X</b>	
BFwA vom 12.01.2011	erledigt				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

### Stellungnahme der Verwaltung:

Ab 2013 sind Umbaumaßnahmen an der Ortsdurchfahrt Watenbüttel vorgesehen. Die Planungen beginnen 2011 (s. IP-Projekt 5E.660053).

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 23 der Zusammenstellung

FB 66  
Produkt 5E.66 neu

### **Anbindung Lamme an die B1**

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie eine verbesserte Anbindung des Ortsteiles Lamme an die B1 umgesetzt werden kann, insbesondere durch Umgestaltung der Einmündung Neudammstraße/B1 und den Bau eines Fuß-Radweges von der Ortslage Lamme bis zur B1. Das Ergebnis der Prüfung ist unter entsprechender Beteiligung des Stadtbezirksrates dem Bau- und Feuerwehrausschuss ohne Verzögerung vorzulegen.“

### **Begründung**

Die Neubaugebiete in der Ortslage Lamme haben immer noch keine befriedigende Anbindung an die Stadt Braunschweig. Die Einmündung Neudammstraße/B1 sollte so schnell wie möglich umgebaut werden, um die täglichen Verkehrsstauungen zu beheben.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
PIUA vom 22.12.2010	10	0	0	<b>X</b>	
BFwA vom 12.01.2011	erledigt				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

### Stellungnahme der Verwaltung:

Planfeststellungsverfahren zum Umbau der Kreuzung ist eingeleitet. Es ist davon auszugehen, dass sich die verkehrliche Anbindung von Lamme erheblich verbessert.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 24 der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt 3E.67 neu

### **Fortführung des Ringgleises in die Nordstadt**

"Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das Ringgleis über die Oker zur Uferstraße in die Nordstadt fortgeführt werden kann und mit welchen Kosten zu rechnen ist. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Bau- und Feuerwehrausschuss zu seiner Sitzung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011 vorgelegt."

### **Begründung**

Die Maßnahme wird seit Jahren von den Stadtbezirksräten Westliches Ringgebiet und Nordstadt gefordert.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BFwA vom 12.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
SpGA vom 13.01.2011	erledigt durch die Abstimmung zum finanzwirksamen Antrag des SB 310 in der Liste des Finanzhaushaltes				
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

### Stellungnahme der Verwaltung:

Grundsätzlich ist es möglich und wünschenswert das Ringgleis als Freizeitweg und Grünverbindung in die Nordstadt weiterzuführen. Mit der Realisierung eines Brückenbauwerkes über die Oker wäre hierfür eine wesentliche Voraussetzung geschaffen. Im Zuge einer zu beauftragenden, konkretisierenden Ausbauplanung/Objektplanung incl. Kostenberechnung zur Klärung des Trassenverlaufes sowie der Ausbauplanung sind ebenso noch bau- und liegenschaftsrechtliche Fragestellungen zu klären. Mit dem Ergebnis dieses planerischen Prüfauftrages sowie einer gesicherten Kostenberechnung ist nicht vor dem 4. Quartal 2011 zu rechnen. Die Verwaltung wird die politischen Gremien umgehend informieren, sobald qualifizierte Planungsergebnisse vorliegen. Die Bereitstellung von 40.000,-€ zur Beauftragung einer weitergehenden Planung zur Fortführung des Ringgleises (siehe Anträge lfd. Nr. 6 - 8) ist Voraussetzung für die Klärung des Trassenverlaufes sowie zur Erstellung einer qualifizierten Kostenberechnung.

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 25 der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt 4S.67 neu

### **Sanierungskonzept für Sportanlagen**

"Die Verwaltung wird gebeten, zum Abbau des Sanierungsstaus auf Sportanlagen ein Konzept mit Prioritäten und Kostenkalkulationen zu erarbeiten und dem Sport- und Grünflächenausschuss bis zum Herbst 2011 vorzulegen."

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SpGA vom 13.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der CDU-Fraktion auf Seite 26 der Zusammenstellung

FB 67  
Produkt 5E.67 neu

### **Friedhofserweiterung Broitzem**

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeit es für eine Friedhofserweiterung in Broitzem gibt, mit welchen Kosten zu rechnen ist und wie die zeitliche Umsetzung erfolgen kann. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Sport- und Grünflächenausschuss bis zum Sommer 2011 vorgelegt.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SpGA vom 13.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung wird das Ergebnis der Prüfung im Sommer 2011 dem Sport- und Grünflächenausschuss vorlegen.

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 27 der Zusammenstellung

Stabsst. 0800  
Produkt 1.57.5711.01

### **Sicherung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche**

„Die Stadt Braunschweig erstellt mit Hilfe ihrer Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der IHK ein Monitoring darüber, welche Projekte zur Berufsvorbereitung von jugendlichen Schulabgängern erfolgreich sind. Dabei sollte auch ein Abgleich zwischen den Erwartungen der Wirtschaft an Auszubildende und den häufigsten Ablehnungsgründen bei den Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz erstellt werden.“

#### **Begründung:**

Die Veranstaltung „Arbeit und Beschäftigung“ in der IHK zu Beginn des Jahres hatte die Diskrepanz zwischen Erwartungshaltung der einstellenden Unternehmer und den tatsächlichen Qualifikationen der Bewerber deutlich gemacht. Auch im Hinblick auf den zunehmenden Fachkräftemangel und den Kürzungen für Arbeitsmaßnahmen der ARGE liegt es im Interesse der Stadt, eine Berufsausbildung für möglichst alle Jugendlichen in Braunschweig sicherzustellen.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 17.12.2010	4	6	0		<b>x</b>
FPA vom 03.02.2011	5	6	0		<b>X</b>

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 28 der Zusammenstellung

Stabsst. 0800  
Produkt 1.57.5711.01

### **Stärkung Braunschweigs als Finanzdienstleistungsstandort**

„Die Stadt Braunschweig stellt Möglichkeiten dar, wie Braunschweig als Finanzdienstleistungssektor gestärkt und ausgebaut werden könnte. Insbesondere ist zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen in der Region zum Beispiel über den Aufbau von entsprechenden Lehrangeboten ein stärkeres, national und international wahrnehmbares Wirtschaftsprofil herausgearbeitet werden kann.“

#### **Begründung:**

Der Auf- und Ausbau technologischer Handlungsfelder und deren Vernetzung mit der regionalen Wirtschaft muss Ziel und Aufgabe regionaler Wirtschaftsförderung sein. Allein im Bereich der Finanzdienstleistungen arbeiten mehr als 10.000 Menschen in der Region. Die Region ist damit der zweitgrößte Finanzdienstleistungsplatz nach Frankfurt am Main in Deutschland. Das Angebot an zukunftsstechnologiekonformen Studiengängen und Beschäftigungsmöglichkeiten muss weiterentwickelt und ausgebaut werden.

#### Ausschussempfehlung:

Aufteilung des Antrages in 2 Anträge:

1. Die Stadt Braunschweig stellt Möglichkeiten dar, wie Braunschweig als Finanzdienstleistungssektor gestärkt und ausgebaut werden könnte.
2. Insbesondere ist zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen in der Region zum Beispiel über den Aufbau von entsprechenden Lehrangeboten ein stärkeres, national und international wahrnehmbares Wirtschaftsprofil herausgearbeitet werden kann.

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 17.12.2010 1. Antrag	3	6	1		<b>X</b>
WA vom 17.12.2010 2. Antrag	10	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011 1. Antrag	5	6	0		<b>X</b>
FPA vom 03.02.2011 2. Antrag	11	0	0	<b>X</b>	

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 29 der Zusammenstellung

Stabsst. 0800  
Produkt 1.57.5711.01

### **Kultur- und Kreativzentrum in Braunschweig**

„Die Verwaltung prüft mögliche Standorte für ein Kultur- und Kreativzentrum in Braunschweig. Dabei wird den speziellen Anforderungen eines Kultur- und Kreativzentrums Rechnung getragen, da die Wirksamkeit eines solchen Zentrums substantiell von seinem räumlichen Kontext abhängt.“

#### **Begründung:**

Die Kultur- und Kreativwirtschaft hat ein hohes Entwicklungspotential. Dieses wurde auch von der Wirtschaftsförderung bestätigt. Inzwischen hat sich die „KreativRegion38“ gebildet. Sie will die Interessen der Kreativen in Braunschweig vertreten. Ähnlich wie beim „Haus der Wissenschaft“ ist die Verortung dieses zukunftssträchtigen Wirtschaftsbereiches in Braunschweig wichtig, um einen dauerhaften Nutzen für die Stadt zu erzielen.

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 17.12.2010	4	6	0		<b>X</b>
FPA vom 03.02.2011	5	6	0		<b>X</b>

## Antrag der SPD-Fraktion auf Seite 30 der Zusammenstellung

Stabsst. 0800  
Produkt 1.57.5711.01

### **Entwicklung Braunschweigs zu einer Modellstadt für „Elektromobilität“**

„Die Stadt Braunschweig erarbeitet ein Konzept, wie in Braunschweig „Elektromobilität“ gefördert werden kann und stellt dar, welchen Beitrag Braunschweig darüber hinaus bei der Entwicklung der Region zu einem „Cluster Elektromobilität“ leisten könnte.“

#### **Begründung:**

Elektromobilität ist ein Wachstumsmarkt der Zukunft. Über ein Strukturentwicklungsprojekt bietet sich für die Stadt Braunschweig die Möglichkeit, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Zentrum für Fahrzeugforschung und den Unternehmen in der Region die Stadt zu einer Modellstadt für Elektromobilität zu entwickeln. „Stromfahrzeuge sind aus Sicht der Kommunen schon für sich genommen ein Gewinn. Die Mobilität aus der Steckdose verringert Lärm, klimaschädigende Gase und Luftschadstoffe – vor allem, wenn der Strom aus regenerativen Energien erzeugt wird, die vor Ort stark ausgebaut werden. Schließlich lassen sich mit E-Mobilität ganz neue Stadtentwicklungsprojekte erschließen.“ (aus Stadtwerk der Zukunft „Elektromobilität“, Hrsg. Verband kommunaler Unternehmen 2010, S. 18)

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
WA vom 17.12.2010	<b>Antrag wurde von der SPD-Fraktion zurückgezogen.</b>				
FPA vom 03.02.2011	<b>erledigt</b>				

## Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Seite 31 der Zusammenstellung

FB 10

### **Stellenplanausweitung für Aufgabenzuwachs**

"Das Ziel, auch bei einer zusätzlichen Aufgabenübernahme oder Aufgabenausweitungen keine zusätzlichen Stellen in den Stellenplan aufzunehmen, wird nicht weiter verfolgt. Alle dementsprechenden Formulierungen im Haushaltsplan 2011 sind zu streichen."

### **Begründung:**

Im Haushalt 2011 wird u. a. auf der Seite 301 das strategische Ziel 2. „Unveränderte Fortsetzung der restriktiven Personalwirtschaft bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Personalqualität“ formuliert. Auf Seite 316 wird dieses Ziel in der Darstellung des „wesentlichen Produktes“ „Personalwirtschaft/-entw., Organisation“ wiederholt und ergänzt durch die Produktziele: „Auf Aufgabenzuwächse wird grundsätzlich ohne zusätzliche Stellen sowie ohne Neueinstellungen reagiert“. Die Maßnahme Nr. 5 „Aufstellung des Stellenplanes bei Aufgabenzuwachs grundsätzlich ohne zusätzliche Planstellen“ auf Seite 318 enthält dann die Formulierung „Zielerreichung: „Null-Stellenplan“.“

Es ist naheliegend, dass bei einer solchen Personalbewirtschaftung die Kapazitätsgrenzen der Verwaltung schnell erreicht werden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absehbar überfordert werden. Jüngstes Beispiel dieser Entwicklung ist die Erklärung des Stadtrates Stegemann, nach der nicht mehr Mittel für Schulsanierungen umgesetzt werden könnten, weil die Kapazitäten der Bauverwaltung erschöpft seien. Eine derartige Personalwirtschaft ist ein Affront gegen die Beschäftigten und gefährdet die Aufgabenerfüllung. Deshalb soll sowohl diese Formulierung des strategischen Zieles gestrichen werden wie auch die Maßnahme Nr. 5 entfallen.

### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPA vom 27.01.2011	4	6	0		<b>X</b>

## **Antrag der CDU-Fraktion des Nachversandes**

Dez. VII

Produkt 1.25.2733.09

### **Ziel- und Leistungsvereinbarung mit der Brunsviga**

„Die Verwaltung wird gebeten, als Grundlage für die Bezuschussung des soziokulturellen Angebots der Kultur- und Kommunikationszentrums Brunsviga eine dreijährige Ziel- und Leistungsvereinbarung zu erarbeiten und dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu seiner Sitzung im Rahmen der Beratung des Haushalts 2011 vorzulegen.“

**Der Antrag wurde von der CDU-Fraktion noch vor der Beratung im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zurückgezogen.**

## Antrag der SPD-Fraktion in der Sitzung des JHA (zu Antrag 77 der Zusammenstellung)

Fachbereich 51  
Produkt 1.36.3650

### **Einrichtung von Familienzentren**

„Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für die Einrichtung von Familienzentren zu erstellen. Dazu Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit Vertretern des JHA und der Verwaltung.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA vom 13.01.2011	12	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	6	5	0	<b>X</b>	

## Änderungsantrag des Bau- und Feuerwehrausschusses zum Antrag des SBR 213

Fachbereich 20

### **Sanierung der Ortsheimatstube in Rautheim**

„Die Verwaltung wird gebeten, Kontakt zur Nibelungen Wohnbau GmbH aufzunehmen und zu bitten, die Ortsheimatstube Rautheim zu sanieren.“

#### Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
BFwA vom 12.01.2011	11	0	0	<b>X</b>	
FPA vom 03.02.2011	11	0	0	<b>X</b>	